

Protokoll
der ersten Sitzung des Denkkreises "Lebens-Raum Stadt"
am 12. Mai 2010 von 10.30 bis 16.30 Uhr
im Wissenschaftszentrum Bonn
gefördert von der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

Anwesende

Denkkreismitglieder:

Prof. Dr. Helmuth Berking,
TU Darmstadt, Institut für Soziologie, Darmstadt

Prof. Dr. Jürgen Breuste,
Universität Salzburg, Leiter der AG Stadt- und Landschaftsökologie, Salzburg

Dr. Michael Denkel,
Mitglied der Geschäftsführung, AS&P - Albert Speer & Partner GmbH, Frankfurt

Prof. Dr.-Ing. Kerstin Dörhöfer,
Architektin und Urbanistin, Berlin

Prof. Dr. Vittorio Magnago Lampugnani,
ETH Zürich, Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, Zürich

Prof. Dr. Heinrich Mäding,
ehem. Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin

Prof. Dr. Thomas Sieverts,
Architekt, skt umbaukultur - Architekten Stadtplaner, Bonn

vom Denkwerk Zukunft:

Prof. Dr. Meinhard Miegel,
Vorstandsvorsitzender, Bonn

Elias Butzmann,
Wissenschaftler, Bonn (Protokoll)

Martin Schulte,
Wissenschaftler, Bonn

Stefanie Wahl,
Geschäftsführung, Bonn

Einleitung

Künftig dürfte das materielle Wohlstandsniveau in den westlichen Industrieländern sinken und das Glücks- und Heilsversprechen materieller Wohlstandsmehrung nicht mehr einzulösen sein. Was aber beutet dies für unsere Städte? Wie müssen diese gebaut werden, damit sich die Menschen auch bei sinkendem materiellem Wohlstand in ihnen wohlfühlen?

Diskussion

Vor welchen Herausforderungen stehen die Städte westlicher Industrieländer heute? Wie werden sich diese Herausforderungen künftig entwickeln?

Einseitige, auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtete Stadtstruktur

Die Stadtstrukturen in den westlichen Industrieländern sind stark auf ökonomische Interessen ausgerichtet. Ästhetische, soziale und ökologische Aspekte kommen oft zu kurz. So werden Verkehrswege für den motorisierten Individualverkehr Fuß- oder Radwegen vorgezogen oder großflächige Gewerbegebiete und Einkaufszentren tragen zur Zersiedelung des Stadtumlandes bei.

Aufgrund des sinkenden materiellen Wohlstands und des steigenden Konkurrenzdrucks könnte die ökonomische Fokussierung künftig weiter zunehmen.

Ausufernder Bestand an Siedlungs- und Verkehrsflächen

Die städtischen Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland sind in den letzten Jahrzehnten stark ausgeweitet worden. Dies ist insbesondere ökologisch bedenklich. Grünflächen werden versiegelt, Verkehrsaufkommen, Luftverschmutzung und Transportkosten nehmen zu. Diese Entwicklung hält in vielen Städten Deutschlands bis heute an und wird sich zum Teil fortsetzen.

Ineffiziente Nutzung öffentlicher Gebäude

Viele Städte verfügen über einen großen Bestand an öffentlichen Gebäuden. Deren Pflege und Unterhalt ist teuer. Dies auch deshalb, weil sie aufgrund ihrer monofunktionalen Nutzung häufig große Teile der Zeit leer stehen. In Anbetracht der prekären Finanzlage vieler Kommunen dürfte sich dies künftig ändern.

Ungenutzte Brachflächen

Bevölkerungsrückgang und Suburbanisierungstendenzen führen in vielen Kommunen zu immer mehr Brachflächen. Aufgrund der in vielen Städten zu erwartenden Schrumpfungsprozesse wird sich die Situation weiter verschärfen.

Ökonomisierung des öffentlichen Raums

Die Dominanz ökonomischer Interessen wird auch an der kommerziellen (Um-)Nutzung des öffentlichen Raums deutlich. So werden Renovierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden oder die Bereitstellung von Infrastruktur zunehmend durch private Geldgeber finanziert, die im Gegenzug Häuserfassaden oder Bushaltestellen für Werbezwecke nutzen dürfen. Auch viele Bahnhöfe oder Flughäfen werden mit Werbung und Geschäften überfrachtet und zu „Konsumtempeln“ umfunktioniert.

Durch diese kommerzielle Überfrachtung, verlieren viele öffentliche Räume ihre kulturelle und identitätsstiftende Wirkung. Aufgrund der Finanznot vieler Kommunen dürfte sich dieser Trend künftig fortsetzen.

Ungenutzte Potentiale öffentlicher Räume

Immer mehr Aktivitäten, die früher im öffentlichen Raum stattfanden, wurden ins Private verlagert. Unter anderem auch deshalb, weil sich Fläche und Ausstattung des privaten Wohnraums deutlich vergrößert bzw. verbessert haben. Viele Wohnungen verfügen über ein Heimkino, Sauna, Werkstatt oder Fitnessgeräte.

Zudem sind öffentliche Räume, wie Park- und Freizeitanlagen oft ungleich in der Stadtlandschaft verteilt. Wohlhabendere Stadtviertel sind häufig über-, ärmere unterversorgt

Aufgrund des materiellen Rückgangs und des sinkenden finanziellen Handlungsspielraums vieler Privathaushalte ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach Angeboten des öffentlichen Raums steigt.

Sinkender finanzieller Handlungsspielraum der Kommunen

Viele Kommunen sind stark verschuldet und haben weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Dieser Trend wird sich künftig noch verstärken.

Wandel der Haushalts- und Bevölkerungsstrukturen in Städten

Die Haushalts- und Bevölkerungsstrukturen haben sich geändert: Tendenziell gibt es mehr ältere Menschen und mehr Einpersonenhaushalte. In einigen Städten, insbesondere in Ostdeutschland, schrumpft die Bevölkerung. Künftig werden sich diese Trends verstärken.

Allerdings sind Städte bzw. Stadtviertel hiervon unterschiedlich betroffen. So wird es auch künftig junge, wachsende Städte bzw. Stadtviertel insbesondere in den Metropolregionen (wie München, Frankfurt, Köln/Bonn oder Berlin) geben und andere mit starker Überalterung und Abwanderung.

Wachsende Einkommensunterschiede

In vielen privaten Haushalten verschlechtert sich die finanzielle Situation. In Deutschland gibt es 1,3 Millionen Aufstocker (Hartz IV-Empfänger), die ganz oder teilweise

berufstätig sind. Gut 20 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnssektor; Mitte der 1990er Jahre waren es rund 15 Prozent. Gleichzeitig hatten insbesondere die oberen 10 Prozent starke Einkommenszuwächse zu verzeichnen.

Vieles spricht dafür, dass die Einkommensunterschiede künftig weiter zunehmen. Insbesondere dürfte die Altersarmut steigen.

Sozialräumliche Segregation

In den großen Ballungszentren nimmt der Grad sozialräumlicher Segregation zu. Einkommensschwache und bildungsferne Schichten konzentrieren sich immer stärker auf bestimmte Stadtviertel. Aufgrund zu erwartender Veränderungen der Haushalts- und Bevölkerungsstrukturen und wachsender Einkommensunterschiede dürften sich die Segregationstendenzen künftig noch verstärken.

Auch sogenannte Gentrifizierungsprozesse tragen zu dieser Entwicklung bei: In attraktiven innerstädtischen Wohngebieten kommt es zur Verdrängung einkommensschwächerer Schichten durch wohlhabendere. In vielen Großstädten werden diese Verdrängungsprozesse zu einem Wohnungsmangel für weniger wohlhabende Bevölkerungsschichten führen.

Abnehmende lokale Verankerung von Unternehmen

Unternehmen, die international agieren, sind abnehmend an ihren Standorten verwurzelt und fühlen sich daher auch für die Stadtentwicklung weniger verantwortlich. Die fortschreitende Globalisierung könnte dazu beitragen, dass sich dieser Trend verstärkt.

Passivität und sinkendes Verantwortungsbewusstsein bei Bürgern und Unternehmen

Gleichzeitig zeigen auch immer mehr Bürger ein abnehmendes Verantwortungsbewusstsein. Dies u.a. aus einem Ohnmachtsgefühl heraus, nichts bewirken zu können. Zudem ist für den Großteil der Bevölkerung die Versorgung mit Strom, fließend Wasser und anderen Basis-Infrastrukturangeboten sowie Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen selbstverständlich geworden. Auch dies trägt zur Passivität der Bürger bei. Sollten die Angebote künftig eingeschränkt werden, dürfte sich dies ändern.

Entfremdung von der Natur

Große Teile der Bevölkerung leben seit mehreren Generationen in Städten. Hierdurch geht der Bezug zur Natur und deren Wertschätzung verloren. Dies äußert sich u.a. in einem verantwortungslosen Umgang mit Ressourcen.

Der Klimawandel wird Städte besonders stark treffen

Durch den Klimawandel werden die Durchschnittstemperaturen in Deutschlands Städten und insbesondere in den Metropolregionen ansteigen und extreme Wetter-

ereignisse zunehmen. Berlin könnte im Jahr 2100 klimatische Rahmenbedingungen wie heute Rom haben. Gleichzeitig werden sich Flora und Fauna erheblich verändern. Dem muss bei der gesamten Stadtentwicklung und –gestaltung, auch im Verhältnis von Freiraum und bebautem Raum Rechnung getragen werden.

Welche Bedingungen muss Städtebau bei sinkendem materiellem Wohlstand erfüllen?

Damit unsere Städte angesichts dieser Herausforderungen auch bei sinkendem materiellem Wohlstand Lebensqualität und Zufriedenheit erhöhen, müssen künftig Stadtplanungs- und (Um-)Baumaßnahmen nach Ansicht der Teilnehmer folgende Bedingungen erfüllen:

- Effizienter Umgang mit finanziellen Mitteln und der vorhandenen Bausubstanz.
- Nicht ökonomischen Bedürfnissen der Bürger mehr Raum geben: Berücksichtigung sozialer, kultureller und ästhetischer Belange.
- Sozialen Zusammenhalt stärken.
- Bürger und Unternehmen aktiv einbinden.
- Natur mehr Raum geben.

Welche konkreten Maßnahmen können ergriffen werden, die diese Bedingungen erfüllen?

Anknüpfend an die Bedingungen, werden konkrete Maßnahmen diskutiert, die die Städte im mitteleuropäischen Raum zukunftsfähig machen können. Folgende Maßnahmen werden genannt:

Baubestand effizienter nutzen

Durch ein besseres Management öffentlicher Einrichtungen und Infrastruktur können Kosten eingespart werden.

Zum Beispiel bleiben Schulen zwei Drittel der Zeit ungenutzt. Es wäre erheblich effizienter, ein Gebäude den ganzen Tag, anstelle von drei Gebäuden je ein Drittel des Tages zu nutzen. Hierfür müssen öffentliche Gebäude umgebaut und so gestaltet werden, dass sie multifunktional nutzbar sind.

Dies sollte durch den gezielten Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes flankiert werden. Nur wenn die Erreichbarkeit von öffentlichen Einrichtungen, wie Schwimmbäder oder Schulen, verbessert wird, lässt sich der Bestand effizienter nutzen.

Finanzierungsgrundlage der Kommunen ändern/erweitern

Die finanzwirtschaftliche Basis der Kommunen sollte überdacht werden. Einerseits geht es darum, neue Einnahmequellen zu schaffen und andererseits darum, private Bestandsinvestitionen zu lenken.

Zum Beispiel könnte eine flächenbezogene (nach der Geschossflächenzahl erhobene) Steuer der Städte zusätzliche Einnahmen erschließen und zugleich als Steuerungsinstrument der kommunalen Flächennutzung dienen. In Abhängigkeit der Lage könnte die Abgabenhöhe variiert werden, um z.B. Suburbanisierungstendenzen entgegen zu wirken.

Nach Wohndichte bemessene Infrastrukturabgaben können Investitionen lenken. Würden z.B. die Kosten für die Wasserleitungsinfrastruktur mit steigender Einwohnerdichte sinken, würden die wirklichen Kosten der Versorgung besser erkennbar und flächenextensive Bebauungen teurer werden.

Zudem sollten weitere lenkende Einnahmequellen genutzt werden, wie eine City-Toll oder Parkgebühren in Innenstadtgebieten.

Nachhaltige Verkehrskonzepte fördern

Neue Verkehrskonzepte können die Flächeninanspruchnahme sowie das Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs senken. Als konkrete Maßnahmen werden genannt:

- Parkgebühren in Innenstädten und Innenstadtrandgebieten flächendeckend einführen.
- Car-Sharing-Stationen fördern.
- Wege für „langsame“ Fortbewegungsarten, wie Geh- oder Radwege, ausbauen.
- Auflagen für Baugenehmigungen verschärfen: jedes Gebäude muss an den langsamen Verkehr angeschlossen sein.
- Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln erhöhen: u.a. durch autofreie Stadtviertel und den Bau von Quartiersgaragen.
- Umsetzung von Shared-Space Konzepten, die Verkehrsraum zu Lebensraum machen.

Potentiale des öffentlichen Raums besser nutzen

Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist eines der wichtigsten Instrumente, um die Lebensqualität in Städten zu verbessern. Vieles spricht dafür, dass Menschen diesen künftig wieder stärker nutzen. Unter diesen Bedingungen kann eine ansprechende und attraktive Gestaltung des öffentlichen Raums zu mehr Zufriedenheit aller

Bevölkerungsschichten beitragen und ggf. materielle Wohlstandseinbußen kompensieren.

Allerdings sollten die Wirkungen öffentlicher Räume nicht überschätzt werden. Die Idealvorstellung eines Raumes, in dem alle Bevölkerungsgruppen konfliktfrei harmonisieren, ist in der Realität selten zu finden und lässt sich auch durch stadtplanerische Maßnahmen nicht realisieren. Zudem gibt es auch Beispiele für öffentliche Räume, die ohne gezielte planerische Gestaltung von der Bevölkerung geschätzt werden (Beispiel: Berliner Gedächtniskirche).

Bei der Gestaltung öffentlicher Räume kann an zahlreiche positive Beispiele angeknüpft werden. Insbesondere im Zuge von Bundes- und Landesgartenschauen entstanden viele Parks- und Gartenanlagen.

Bauliche Verdichtung fördern und Grünräume schaffen

Beim Stadtumbau sollte darauf geachtet werden, wieder kompakter und dichter zu bauen. Dies hat ökologische, ökonomische und soziale Vorteile. Zum Beispiel können hierdurch Wege zum Einkauf, in die Schule oder zur Arbeit verkürzt und damit Transportkosten und Emissionen gesenkt werden.

Allerdings darf die bauliche Verdichtung nur dort erfolgen, wo dadurch nicht wichtige Funktionen der Freiräume nachhaltig beeinträchtigt werden. Daher sollte weiterhin genügend Raum für Grünflächen und Natur in der Stadt gelassen werden, die u.a. Funktionen für Stadtklima, Erholung und Biodiversität in Städten haben.

Soziale Verdichtung fördern

Studien zufolge kann eine kompaktere Bebauung unter bestimmten Umständen dazu führen, dass sich die Bewohner eines Viertels wieder mehr begegnen, ins Gespräch kommen und neue zwischenmenschliche Beziehungen entstehen, die mittelfristig zu mehr ehrenamtlichem Engagement führen können.

Segregation entgegenwirken

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Städten zu bewahren, sollte sozial-räumlichen Segregationstendenzen entgegengewirkt werden.

Dies kann durch eine gezielte Wohnraumbewirtschaftung, also die Vergabe von Belegungsrechten für finanziell schlechter gestellte Haushalte, geschehen. In der Vergangenheit konnten soziale Wohnungsbauprogramme die Probleme allerdings nicht lösen und haben Segregationstendenzen z.T. sogar verstärkt. Hier besteht Forschungsbedarf.

Auch ist zu überlegen, ob der Ausverkauf des sozialen Wohnungsbaus zur Sanierung öffentlicher Kassen gestoppt werden sollte.

Partizipation von Bürgern und Unternehmen fördern

Das Verantwortungsbewusstsein von Bürgern und Unternehmen für öffentliche Räume und Einrichtungen muss gestärkt werden.

Dies kann u.a. durch die Beteiligung an den Kosten geschehen. Zum Beispiel könnten Grundstückseigentümer an den Kosten einer anliegenden Parkanlage, sofern diese den Grundstückswert erhöht, beteiligt werden.

Zudem muss das Verantwortungsbewusstsein insbesondere von lokal wenig verankerten internationaler/transnationaler Unternehmen, für die Stadtentwicklung gefördert werden. Ein Beispiel hierfür ist die „one percent rule“ aus den USA. Diese besagt, dass ein Prozent der Unternehmensgewinne für soziale Projekte in den Städten oder Stadtvierteln, in denen sie ihren Standort haben, aufgewendet werden sollen.

Ebenso können Stadtmarketing-Kampagnen, wie die Kampagne „be Berlin“ eine identitätsstiftende Wirkung entfalten und damit zu mehr Verantwortungsbewusstsein beitragen. Die genauen Wirkungen solcher Kampagnen sind aber bisher nicht erforscht.

Raum für Natur schaffen

Der Natur sollte wieder mehr Raum in der Stadt gegeben werden. Dies betrifft sowohl Flächen der agrarisch-forstlichen Natur unserer Kulturlandschaften, die aus dem Umland bis in die Städte hinein reichen, aber auch Garten- und Parkanlagen sowie Flächen für urbane Landwirtschaft.

Was muss bei der konkreten Umsetzung der Maßnahmen beachtet werden?

Umbau im Bestand

Die Grundstrukturen der Städte sind gelegt. Folglich ist die Zeit großer Stadtplanungsprozesse vorüber. Das heißt, der Umbau muss im Bestand erfolgen. Die Umbaurate des städtebaulichen Bestandes liegt gegenwärtig bei jährlich rund drei Prozent. Folglich könnte innerhalb von gut 30 Jahren der gesamte Bestand zukunftsfähig gestaltet werden.

In Städten mit extremem Bevölkerungsschwund, wie in Ostdeutschland, sind darüber hinaus gut geplante Rückbauprogramme erforderlich.

Kombination aus Rahmenplanung und Veränderungen von Einzelgenehmigungen

Um Investitionen für einen Umbau in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken, bedarf es einerseits eines Rahmenplans mit eindeutigen Bedingungen (siehe oben) und andererseits konkreter Leitplanken für Einzelmaßnahmen.

Leitplanken für den Umbau des öffentlichen Raums

Am Beispiel des öffentlichen Raums werden folgende Leitplanken diskutiert:

- Jeder Umbau sollte einen Beitrag zum öffentlichen Raum leisten: Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass das Angebot öffentlicher Räume sich nach und nach verbessert. Zum Beispiel sollte beim Bau privater Bürogebäude darauf geachtet werden, dass diese nicht zu Barrieren werden und den Zugang zum öffentlichen Raum beschränken. Öffentliche Gebäude, wie Kirchen könnten stärker als „Öffner“ des öffentlichen Raumes genutzt werden. Zudem sollten privatisierte öffentliche Räume wie Shopping Malls vermehrt Flächen für öffentliche Einrichtungen, wie Stadtbibliotheken, anbieten.
- Multifunktionalität gewährleisten: Öffentliche Räume müssen so gestaltet werden, dass sie sich flexibel ohne großen Kostenaufwand an aktuelle Ansprüche anpassen lassen und multifunktional sind. Zum Beispiel muss bei der Gestaltung und Nutzung von öffentlichen Räumen berücksichtigt werden, dass diese nicht nur einen ökonomischen Wert als Baugrund sondern auch einen sozialen Wert als Begegnungsort, oder einen ökologischen Wert als Frischluftschneise oder Grünfläche usw. haben (Klimatische Regulation).
- Verantwortungsbewusstsein stärken: Durch die kleinteilige Privatisierung bestimmter Flächen im öffentlichen Raum kann das Verantwortungsbewusstsein für diesen erhöht werden. Zum Beispiel können auf innerstädtischen Brachflächen Gartenanlagen mit Privatgärten angelegt werden. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Menschen von der Nutzung öffentlicher Räume ausgeschlossen werden.
- Anschlussfähigkeit (Connectivity) sichern: Jedes Gebäude muss so konzipiert sein, dass es an den öffentlichen Raum anschlussfähig ist.
- Kommunikation fördern: Jeder Eingriff in den öffentlichen Raum soll Möglichkeiten zur Kommunikation zwischen den Stadtbewohnern verbessern.
- Verteilungsaspekte beachten: Öffentliche Grün- oder Freiräume sollten in allen Stadtvierteln zur Verfügung stehen.
- Jedes Gebäude muss an Fuß- oder Radwegenetz angeschlossen werden.